



AKTUELLES AUS DEM LANDTAG

JUNI 2017



CDU FRAKTION IM
HESSISCHEN LANDTAG

Landesrechtliche Verordnung zur Anerkennung der Angebote zur Unterstützung im Alltag

Die Bedeutung der Pflege wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Pflegebedürftige Menschen verdienen eine besondere Zuwendung, Respekt und einen würdevollen Umgang. Deshalb sollen sie und die Pflegepersonen auch durch möglichst passgenaue Unterstützungsleistungen gefördert werden. So hat der Bundesgesetzgeber durch das Pflegestärkungsgesetz II die Leistungen der Pflegeversicherung zur Stärkung der häuslichen Pflege erheblich erweitert und flexibilisiert. Die Unterstützungsleistungen richten sich jetzt explizit an die Pflegepersonen. Ziel ist deren praktische Entlastung im Alltag.

Hessen ist hinsichtlich der Inanspruchnahme von Leistungen als auch der Förderung von Anbietern bereits heute gut aufgestellt. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf dem Kreis der Anbieter und deren Qualifikation. Genauso wichtig bleiben die Betreuungsleistungen, die eine selbstbestimmte Teilnahme am sozialen Leben für Pflegebedürftige ermöglichen, ebenso wie Maßnahmen, die eine wirksame Entlastung von Pflegepersonen sicherstellen können.

STEFAN GRÜTTNER Mdl

Liebe Offenbacherinnen, liebe Offenbacher,

gerne informiere ich Sie nach der Plenumswoche des Hessischen Landtages im Mai wieder über die aktuellen Themen im politischen Geschehen Hessens.

Bevor der 57. Hessentag in Rüsselsheim startet haben wir im Landtag noch viel zu besprechen gehabt. In der letzten Sitzungswoche wurde unter über die neue Verfassung für Hessen diskutiert, aber auch viele andere Themen waren Gegenstand von Debatten. Der diesjährige Hessentag beginnt am 9. Juni und endet am 18. Juni. Natürlich sind auch die Fraktionen der im Landtag vertretenen Parteien wieder im Zelt der Landesausstellung.

Als Ihr Landtagsabgeordneter liegen mir die Sorgen und Nöte der Offenbacherinnen und Offenbacher ganz besonders am Herzen. Deshalb ist es mir wichtig, Sie wissen zu lassen, dass Sie sich jederzeit direkt an mich wenden können. Eine einfache Möglichkeit der Kontaktaufnahme bietet Ihnen meine Seite auf Facebook [facebook.com/StefanGruttnerMdl](https://www.facebook.com/StefanGruttnerMdl). Gerne können Sie sich auch an mein Wahlkreisbüro in Offenbach wenden, um einen persönlichen Termin zu vereinbaren.

GEMEINSAMER BESUCH DER AUSBILDUNGSMESSE MIT MITTELSTÄNDLERN

Aus- und Weiterbildung sind zentrale Themen auf dem Lebensweg junger Menschen. Die Offenbacher Bildungsmesse „gOffit“ am 19. und 20. Mai in der Offenbacher Stadthalle präsentierte ein breites Spektrum an Möglichkeiten und Firmen aus Stadt und Kreis Offenbach. Ein Thema, das auch dem Landtagsabgeordneten Stefan Grüttner und Stadtrat Peter Freier sehr wichtig ist.

Gemeinsam mit Vertretern der Mittelstandsvereinigung wurde am Freitag, den 19. Mai die Bildungsmesse in der Stadthalle besucht und ausführlich mit Firmen und jungen Menschen auf dem Weg ins Berufsleben gesprochen. Ein breites Spektrum an Branchen präsentierte sich in der Halle und bot teils sehr praktische Einblicke ins Berufsleben.

EINDRÜCKE VOM RUNDGANG AUF DER OFFENBACHER AUSBILDUNGSMESSE



▲ Peter Freier im Gespräch mit einem Mitarbeiter der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf der Ausbildungsmesse in Offenbach.



ZAHL DER WOCHE

Der Landeshaushalt sieht wieder eine Erhöhung der Ausgaben in Bildung vor. Insgesamt investiert das Land Hessen fast

5 Milliarden €

in Bildung. Das sind 75,4 Millionen € mehr als im vergangenen Jahr – so viel wie noch nie zuvor.

JUNI

23

23. Juni 2017, 12:00 Uhr
Einweihung Neubau
Geriatric Ketteler Kranken-
haus in Offenbach

JUNI

25

25. Juni 2017, 14:00 Uhr
Pfarrfest St. Pankratius in
Offenbach Bürgel

JUNI

24/25

24.–25. Juni 2017
Offenbacher Mainuferfest

◀ Mit der Landtagsfraktion auf Delegationsreise in Kroatien.

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1–3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
Stefan Grüttner MdL
Wahlkreis Offenbach Stadt
Markwaldstraße 11 63073 Offenbach
Tel.: 069 – 8 00 17 18 Fax: 069 – 8 00 46 67
post@cdu-offenbach.de
www.stefan-gruettner.de
Fotos: Alexander Kurz, cdu.de, cduhessen.de



Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersenden wir Ihnen die neuste Ausgabe von Aktuelles aus dem Landtag. Mit diesem Format informieren wir regelmäßig über unsere Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger im Hessischen Landtag.

Hier finden Sie aktuelle Informationen des CDU-Abgeordneten Ihres Wahlkreises und Berichte über unsere parlamentarische Arbeit. Dies sind natürlich nur Streiflichter - für weitere Informationen empfehlen wir Ihnen einen Besuch unserer Internetseite unter: www.cdu-fraktion-hessen.de

Wir wünschen eine spannende Lektüre. Für Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen erreichen

Sie uns jederzeit über cdu-fraktion@ltg.hessen.de

Mit freundlichen Grüßen

Holger Bellino,
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

ÄLTERE MENSCHEN BRAUCHEN UNSERE AUFMERKSAMKEIT

von Irmgard Klaff-Isselmann, seniorenpolitische Sprecherin der hessischen CDU-Landtagsfraktion



Aktive und gesunde Menschen, die mitten im Leben stehen, haben eine andere Erwartung an die Politik als Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen oder auf dauerhafte Pflege angewiesen sind. Eine gute Sozialpolitik unterstützt ältere Menschen in ihren vielfältigen Lebenslagen. Auch sind die Kenntnisse, Erfahrungen und Qualifikationen der älteren Generation für Unternehmen eine wertvolle Ressource. Dies verlangt jedoch von allen ein generationenübergreifendes Engagement und gegenseitigen Respekt und Wertschätzung. Im Rahmen

einer Regierungserklärung erläuterte der Sozialminister die Grundlagen unserer Seniorenpolitik, die Landtagsfraktion konnte auf zahlreiche Initiativen verweisen.

Im Ehrenamt ist die ältere Generation traditionell sehr stark vertreten. Gerade in den vergangenen anderthalb Jahren konnten wir das in großartiger Art und Weise erleben: Überall in unserem Land entstanden ehrenamtliche Initiativen für eine bessere Integration von Flüchtlingen. Es waren und sind vor allem ältere Menschen, die hier ihre Zeit und ihr Knowhow einbringen. Hinzu kommt, dass viele Seniorinnen und Senioren eine wichtige und wertvolle Stütze für Familien im Alltag sind und sich ehrenamtlich in ihrem Dorf oder in ihrer Stadt engagieren. So wurden über die Freiwilligenagenturen generationenübergreifende Initiativen und Hilfsangebote entwickelt. Beispiele dafür sind Theaterprojekte von Jung und Alt, Reparatur-Cafés, praktische Nachbarschaftshilfen, das Engagement von Seniorinnen und Senioren bei der Hausaufgabenhilfe oder bei Bewerbungstrainings für den Einstieg ins Berufsleben.

Ziel der Seniorenpolitik in Hessen ist es, ältere Menschen in ihrer selbstständigen Lebensführung zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, die Lebensqualität und Selbstbestimmung zu erhalten. Insbesondere die unterschiedlichen Formen gemeinschaftlichen Wohnens leisten einen wichtigen Beitrag, Menschen im Alter ein selbständiges und sozial eingebundenes Leben zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine barrierearme Gestaltung des Wohnumfeldes und der öffentlichen Infrastruktur.

Pflegebedürftige Angehörige in der Familie stellen berufstätige Familienmitglieder vor viele Fragen. Die Familie muss hier eine Lösung finden, wie die Pflege sichergestellt werden kann. Gleichzeitig wünschen sich viele pflegebedürftige Menschen, durch vertraute Angehörige in gewohnter Umgebung gepflegt zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter verbessert, wofür sich die Hessische Landesregierung auch künftig einsetzen wird.



SCHÄRFERE STRAFEN FÜR ANGRIFFE AU

von Alexander Bauer,
innenpolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte müssen ab sofort härter bestraft werden. Künftig gilt dafür eine Strafandrohung von drei Monaten bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe. Das ist der Kern der notwendigen Reform des Strafgesetzbuchs. Dieser Erfolg wäre nicht denkbar gewesen ohne den Anstoß, den die CDU-geführte Landesregierung mit der hessischen Bundesratsinitiative für einen ‚Schutzparagraphen 112‘ im Strafgesetzbuch bereits im Jahr 2015 gegeben hat.

Wir haben damit erreicht, etwas für den Schutz der Menschen zu tun, die uns

DIE GESUNDHEITSREGION MITTELHESSEN HAT WIEDER ZUKUNFT

von Dr. Ralf-Norbert Bartelt, der für Universitätsmedizin zuständige Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

Das Land Hessen, die Rhön-Klinikum AG (RKA), die Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH (UKGM) und die beiden Universitäten haben ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin erarbeitet. Die Ziele sind eine Patientenversorgung auf hohem Niveau, Arbeitsplatzsicherheit für die Beschäftigten und der Erhalt des hohen Standards bei Forschung und Lehre. Das Zukunftskonzept ist ein enormer Erfolg und ein wichtiges Signal für die Patienten, die Beschäftigten und ihre Familien und für die Gesundheitsregion Mittelhessen. Es eröffnet ein neues Kapitel in der Geschichte des UKGM und leistet einen zentralen Beitrag zur Zukunftsfestigkeit der Standorte Gießen und Marburg.

Als einer der größten Arbeitgeber in der Region muss das Universitätsklinikum seine Entscheidungen auch daran orientieren, verlorenes Vertrauen bei den Mitarbeitern und in der Region zurückzugewinnen. Dies ist eindrucksvoll gelungen. Das UKGM

hat sich unter anderem dazu verpflichtet, auf betriebsbedingte Kündigungen für die nächsten fünf Jahre zu verzichten, Auszubildende zu übernehmen und auf die Ausgliederung weiterer Betriebsteile zu verzichten.

Das Zukunftskonzept, dass auch der Kärnerarbeit von Ministerpräsident Volker Bouffier und Wissenschaftsminister Boris Rhein zu verdanken ist, sieht vor, dass UKGM einen zusätzlichen Betrag von rund 15 Millionen Euro jährlich für die Finanzierung der von ihr erbrachten Leistungen für Forschung und Lehre erhält. Erstmals wird auf diese Weise die angemessene Vergütung der künftigen Steigerungen bei den Sach- und Personalkosten in Forschung und Lehre geregelt. Auch wurde ein umfassendes Investitionspaket für beide Universitätskliniken geschnürt. Das UKGM wird in den nächsten fünf Jahren mindestens 100 Millionen Euro investieren: Am Standort Gießen wird das Kinderherzzentrum ausgebaut und dem Klinikum ein Erweiterungsbau

hinzugeteilt. Am Standort Marburg erfolgt die Modernisierung der Klinik für Psychiatrie, die Sanierung des Zentral-OP A und der Intensivstationen sowie der Neubau der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Die Privatisierung ist trotz aller Herausforderungen eine Erfolgsgeschichte. Mehrere hundert Millionen Euro wurden und werden in Zukunft in die Errichtung und Sanierung von Gebäuden sowie die Modernisierung der Innenausstattung an beiden Standorten investiert. Das Pflegepersonal wird besser bezahlt als zu Zeiten, als die Kliniken noch vom Land alleine getragen wurden. Seit 2005 wuchs die Zahl der Beschäftigten im ärztlichen Dienst um 14 und beim Pflegepersonal um rund 17 Prozent. Als vor einigen Jahren den Mitarbeitern die Rückkehr in den Landesdienst offen stand, entschieden sich 92 Prozent der Beschäftigten beim UKGM dagegen. Dies zeigt, dass das UKGM, trotz aller Probleme und Herausforderungen, ein attraktiver Arbeitgeber ist.



F POLIZEI, FEUERWEHR UND RETTUNGSDIENSTE

tagtäglich helfen und schützen. Tätliche Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten, auf Feuerwehrleute, auf Angehörige des Katastrophenschutzes und auf Rettungssanitäter sind keine Kavaliersdelikte. Es ist daher richtig und wichtig, den strafrechtlichen Schutz vor solchen Angriffen zu verschärfen. Das Gesetz war überfällig. Lange hat die SPD im Bund und in den Ländern blockiert. Es kostete große Anstrengungen der Union, Blockademinister Heiko Maas zu bewegen, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Die Einsatzkräfte leisten mit Engagement einen großen Beitrag zur Sicherheit in

unserem Land. Die Polizei ist Freund und Helfer der Menschen. Sie verdient daher Respekt und Anerkennung. Dazu können alle gesellschaftlichen Kräfte beitragen.

Und der strafrechtliche Schutz ist nicht das Einzige, was wir tun. Wir haben in Hessen massiv in die Verbesserung der Schutzausrüstung investiert und die Body-Cam landesweit eingeführt.

Die Unterstützung von Polizei und Rettungskräften muss aber schon früher beginnen. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass ihre Arbeit behindert wird. Das Thema

Rettungsgasse hat dabei hohe Aktualität. Eine Kampagne an den Autobahnen in Hessen soll darüber aufklären, wie eine Rettungsgasse zu bilden ist. Wer Rettungsgassen bewusst blockiert und Rettungswege versperrt, setzt Menschenleben aufs Spiel. Auch hier brauchen wir deutliche Sanktionen.